

Das superrote Infoblatt

Kommunalpolitische Informationen der KPÖ Linz

KPÖ



Wenn der Rotstift regiert droht die Armutsfalle.

Die Linzer Sparpläne

Der neue Linzer Bürgermeister Luger hat einen Sparkurs in allen Bereichen der Stadtverwaltung angekündigt.

Auch soziale Leistungen stehen zur Diskussion. Eine Magistratsreform unter den Schlagwörtern effizienter Personaleinsatz und schlanke Strukturen

soll die angespannten Stadtfinanzen entlasten. Der Personalstand soll weiter reduziert und kommunale Dienstleistungen fremdvergeben werden. Der

Spardruck trifft damit die städtischen Bediensteten in voller Härte.

Aber auch Einsparungen im Sozialbereich sind kein Tabu mehr. So ist zu befürchten, dass Leistungen des Linzer Aktivpasses dem Sparstift zum Opfer fallen.



Gerlinde Grün
KPÖ-Gemeinderätin
www.gemeinderaetin.at

Neue Besen kehren besser?

Neben Bürgermeister Luger sind auch vier weitere Mitglieder des Stadtsenats frisch im Amt.

Ob der Spruch „neue Besen kehren besser“ auf sie zutrifft, wird sich bald zeigen. Der von Bürgermeister Luger ausgerufene „Sparkurs ohne Tabus“ wird für sie zur Nagelprobe.

Sozialstadtrat Giegler wird sich daran messen lassen müssen, ob er den Aktivpass ausbaut oder opfert. Verkehrs-

referentin Hörzing daran, ob sie dem Steinzeitprojekt Westring treu bleibt oder ob sie eine verkehrspolitische Wende einleitet. Kulturreferent Baier daran, ob er der (freien) Kulturszene mehr Mittel verschafft. Und Finanzreferent Forsterleitner wählt hoffentlich nicht die Rolle des Sparterminators.

Wo soll der neue Linzer Bürgermeister handeln?

Erst im dritten Wahlgang wurde Klaus Luger zum neuen Linzer Bürgermeister gewählt. Wo sehen kritische Menschen Handlungsbedarf für Luger und seine SPÖ?



Erich Klinger Autor und Sendungsmacher im Freien Rundfunk OÖ

Meine Forderungen zur propagierten „Lebensstadt Linz“: menschen- statt autogerechte Stadtgestaltung, kein Parken auf Gehsteigen, flächendeckende Parkraumbewirtschaftung, praxistauglicher Ausbau des Radwegenetzes, verdichtete Linz Linien-Takte, S-Bahn-Netz statt Westring, Erhalt der Mühlkreisbahn.



Margarete Seyr Textildesignerin und Aktivpassinhaberin

Ich habe gehört, dass der Aktivpass verschlechtert werden soll, während viel Geld für Prestigeprojekte verschwendet wird. Ich weiß wie wichtig der Aktivpass ist. Ich erwarte vom neuen Bürgermeister, dass er den unsozialen Forderungen der FPÖ nicht nachgibt.



Thomas Rammerstorfer Fachsozialbetreuer, Autor und Aktivist des Infoladen Wels

Luger hat als Integrationsstadtrat sicher nicht alles falsch gemacht. Doch wenn es um die „Grauen Wölfe“ ging, hat er stets beide Augen zuge-drückt. Damit schädigt er zum Zweck kurzfristiger Stimmenmaximierung langfristig soziale und demokratische Ideen.

Die genormte Unterfinanzierung

Mit dem Normkostenmodell erzwingt die Sozialabteilung des Landes die verordnete Unterfinanzierung des Sozialbereiches und laufende Einsparungen beim Personal.

Die Beschäftigten werden faktisch für durchschnittlich 15 Berufsjahre genormt. Langjährige Beschäftigte geraten damit zunehmend unter Druck billiger zu arbeiten, Stunden zu reduzieren oder gekündigt zu werden.

Untergrenzen als Obergrenzen

Obwohl Kollektivvertragsbestandteil werden die jährliche Valorisierung der Gehälter und die Biennalsprünge immer noch nicht finanziert.

Die Landesregierung weigert sich de facto gesetzliche Regelungen zu akzeptieren. Das ist kontraproduktiv.

Was die Sozialvereine brauchen

Notwendig ist daher eine Ausrichtung an den wahren Kosten der Sozialvereine und Schluss mit der Diskriminierung langjähriger MitarbeiterInnen. Lebenslange Berufskarrieren ohne Einkommensverluste müssen auch im Sozialbereich möglich sein.



Thomas Erlach

Praxeologe,
BRV EXIT-sozial Linz,
Spitzenkandidat des GLB
bei der AK-Wahl 2014

Wo soll gespart werden?

Ein neoliberaler Sparkurs ist die falsche Antwort auf die angespannte Linzer Finanzsituation.



Mehr als eine Million Euro im Jahr verschlingt die Stadtwerke. Im Bild: Protestaktion bei der Konstituierung des Gemeinderates im November 2009.

Als „brutale Übung“ kündigt Bürgermeister Luger die Sanierung der Linzer Finanzen an. Im Februar 2014 treten die Stadtsektorenparteien zur Beratung über Sparmaßnahmen zusammen. Der Alarmismus zur unbestritten schwierigen Finanzsituation birgt die Gefahr auf einen neoliberal geprägten Sparkurs einzuschwenken.

Unsoziale Rezepte

Neoliberales Sparen bedeutet die Rücknahme sozialer Angebote, die Fremdvergabe kommunaler Leistungen und die Privatisierung öffentlichen Eigentums. Nur wohlbestallte BürgerInnen können sich eine schlank gesparte Stadt leisten. Das trifft auf alle übrigen StädterInnen wohl nicht zu. Sie benötigen die kommunale Infrastruktur und Leistungen für einen funktio-

nierenden Alltag. Kinderbetreuungseinrichtungen um Beruf und Arbeit zu vereinbaren, Freizeit- und Kultureinrichtungen um sich zu erholen und zu bilden, öffentliche Verkehrsmitteln um mobil zu sein, Pflegeeinrichtungen im Alter und Unterstützung in Lebenslagen, wo es mal nicht so rund läuft.

Umverteilung nach oben?

Jeder durch Kürzungen kommunaler Leistungen eingesparte und nach oben umverteilte Euro geht der Allgemeinheit verloren.

Wachsende soziale Ungleichheit verlangt nach einer Verbesserung statt Einschränkung kommunaler Leistungen. Und es gibt noch genug zu tun. Etwa die Wiederaufnahme des städtischen Wohnbaus um den Mangel an leistbaren Wohn-

raum zu lindern. Oder die Hebung der Mindestsicherung über die Armutsgrenze.

Wo gespart werden kann

Wer über Sparen reden will und die Millionen für Westring oder Stadtwerke unangetastet lässt, ist wenig glaubwürdig. Wer nicht über die gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums mittels einer Millionärsteuer reden will, lässt die Stadt im Regen stehen.

Bitte vormerken!

Kleidertauschparty für Frauen

Wann:

Samstag, 25. Jänner 2014, 10:00-17:00h

Wo:

Melicharstraße 8, 4020 Linz

Spitze Splitter aus dem Gemeinderat

Urbanides steht leer

Anfang 2011 kaufte die Stadt um 300.000 Euro das Traditionswirtshaus Urbanides in der Rudolfstraße. Heute steht das Objekt immer noch leer. Die KPÖ verlangte mit einer Anfrage Auskunft, wie viel die Stadt durch entgangene Pacht und laufende Kosten dabei bislang verloren hat.

Grünflächen zugemüllt

Entgegen der bisherigen Praxis erhielten im Wahlkampf die Plakatfirmen der Parlamentsparteien den Freibrief, auch in Grünflächen Großflächenplakate aufzustellen. Als die KPÖ diesen Wildwuchs mit einer Anfrage thematisierte, reagierte die SPÖ mit einer Resolution, dies künftig zu unterbinden.

Tariferhöhung nicht mit der KPÖ

Konsequent der Linie der KPÖ für einen kommunalen Tarif- und Gebührenstopp treu lehnte Gemeinderätin Gerlinde Grünn die vom Gemeinderat mehrheitlich beschlossene Erhöhung der Musikschulgebühren sowie der Marktgebühren ab.

Land plündert Stadt aus

Die Entlastung der Stadt beim Sprengelbeitrag für die Spitalsfinanzierung forderte die KPÖ bei der November-Sitzung. Das Land zahlt für die Gespag-Spitäler 100 Prozent, für die Ordenskrankenhäuser 99 Prozent, für das Linzer AKH aber nur 82 Prozent des Abganges. Bräuchte Linz nur so viel Abgaben an das Land zahlen wie Graz, wären keine neuen Schulden notwendig.

Das Gegenteil von Modernität

Bis zur Linzer SPÖ ist leider noch nicht vorgedrungen, dass Hochhäuser kein Ausdruck von Modernität sind, sondern im Gegenteil einen großen Pferdefuß haben.

Denn sie sind nicht nur unwirtschaftlich und unökonomisch, sie ziehen auch Verkehr an, verbauen den umliegenden Häusern die Sicht, werfen Schatten und sind meist kurzlebig. Man denke an die gesprengten Kolosse am Harter Plateau, die nur 29 Jahre standen.

Von nachhaltig keine Rede

Trotzdem wütet in Linz der Hochhaus-Boom. Ein Tower nach dem anderen wächst in den Himmel. Allesamt fade Türme, die in erster Linie den Erbauern Profit bringen, sonst jedoch keine Vorteile aufweisen. AnrainerInnen laufen mittlerweile dagegen Sturm.

Niemand braucht diese überdimensionierten Bauten wirklich, weil sie primär für Büros gedacht sind, obwohl es in Linz schon genug diesbezügliche Leerstände gibt. Deshalb Schluss mit diesem Größen-Wahn!



Blumau-Tower: Architektonisch umstritten und – wie könnte es anders sein – mit Raiffeisen-Werbespruch.

Die soziale Alternative

Die KPÖ ist bei der Nationalratswahl im September mit einer auch für Nicht-Parteimitglieder offenen Liste angetreten und hat bundesweit über ein Prozent der Stimmen erreicht.

Die KPÖ hätte sich zwar gewünscht, als linkes Gegengewicht zu den massiven Stimmengewinnen rechter und neoliberaler Parteien besser abzuschneiden, aber es gab immerhin überall Zuwächse. In Linz hätte beispielsweise das Ergebnis bei der Nationalratswahl für ein Mandat im Gemeinderat gereicht. Aber nach der Wahl ist bekanntlich vor der Wahl.

So verleiht das Linzer Ergebnis Mut und Zuversicht auf mehr.

Klar gegen unsoziale Kürzungen

Gerade in der Landeshauptstadt wird eine soziale, linke Opposition zu den nun bevorstehenden Spar- und Kürzungsmaßnahmen notwendig sein. Auch wenn das Gegenteil immer wie-

der behauptet wird: Es ist genug Geld für eine soziale Stadt da, wenn sinnlose Großprojekte und Förderungen eingespart werden.

„Den Reichen nehmen, den Armen geben“ ist hier unsere Devise! Die KPÖ spricht sich klar und eindeutig gegen Sozialabbau und Verschlechterungen bei der Lebenssituation der Menschen aus. Sie wird daher als soziale Alternative weiterhin in Linz aktiv sein und auch bei den nächsten Wahlen kandidieren. Das ist sicher!

Aktuell, Nummer 8, Dezember 2013

Impressum: Medieninhaberin (Verlegerin), Herausgeberin: KPÖ-Oberösterreich, Melicharstraße 8, 4020 Linz, Telefon +43 732 652156, Mail ooe@kpoe.at, Web ooe.kpoe.at; Konto Oberbank 480 2195 00 (BLZ 15.000); IBAN: AT52 1500 0004 8021 9500, BIC: OBKLAT2L, Druck: druck.at, Leobersdorf. Fotos: Archiv, Friedl, Stadt Linz, Koczera.



Antwortkarte (oder E-Mail an: ooe@kpoe.at)

Ja, ich bin interessiert, schickt mir Infomaterial:

- Folder Kommunalprogramm Folder Energiegrundsicherung
- Broschüre Henriette Hail Broschüre Freifahrt Folder GR-Bilanz
- Probeexemplar „Café KPÖ“ „Volksstimme“ „Die Arbeit“

Newsletter an meine E-Mailadresse:

Name und Anschrift:

Porto bei
der Empfängerin
einheben

ANTWORTSENDUNG

An die
KPÖ-Linz
Postfach 557
4020 Linz